

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 03 010 Ministerium Titelgruppe 83 Schutz und Prävention für Kinder und Jugendliche Titel 547 83 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 9.886.100 Euro um 870.800 Euro auf 10.756.900 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen werden ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik erschreckenderweise sowohl immer öfter Opfer von Straftaten als auch selbst als Täterinnen und Täter auffällig. So erreichten sowohl die Anzahl der Kinder, die Opfer sexuellen Missbrauchs wurden als auch die Anzahl der Kinder- und Jugendlichen, die als Tatverdächtige erfasst wurden, im vergangenen Jahr neue traurige Höchststände. Mit Kürzungen im Projekt „Kurve-Kriegen“, das noch von der letzten SPD-geführten Landesregierung initiiert wurde, plant die Landesregierung nun ausgerechnet bei einem Programm zu kürzen, das erfolgreich zu verhindern hilft, dass bereits straffällig gewordene Jugendliche erneut straffällig werden und in eine kriminelle Karriere abgleiten. Mit Kürzungen beim Projekt „Kinderschutz-Häuser“ beabsichtigt sie zudem, Einsparungen bei einem Programm zu erzielen, das dem Schutz von Kindern dient, die schweren Formen von Gewalt und Missbrauch ausgesetzt waren. Dies ist nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Titel 684 10 Zuwendungen an freie Träger der Straffälligenhilfe</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.000.000 Euro um 7.000 Euro auf 1.007.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land.</p> <p>Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen.</p> <p>Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Titel 684 11 Zuschüsse zur Förderung des Täter-Opfer-Ausgleichs</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 500.000 Euro um 733.100 Euro auf 1.233.100 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land.</p> <p>Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen.</p> <p>Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit Titel 684 20 Modellprojekt für die Förderung gemeinnütziger Arbeit</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 936.000 Euro auf 936.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Diese Maßnahme halten wir schlichtweg für fatal. Die Kürzungen bei der freien Straffälligenhilfe zwingt einen Großteil der Träger ihre Arbeit niederzulegen. Damit fallen Strukturen weg, die Jahrzehnte aufgebaut wurden und in der Wissenschaft als „3. Säule der Resozialisierung“ gelten. Damit zeigt die Landesregierung, dass ihr der Sparzwang wichtiger ist als die innere Sicherheit im Land.</p> <p>Der gehobene Sozialdienst der Justizvollzugsanstalten, die nunmehr alleinig für die Wiedereingliederung zuständig ist, hat sich hierzu bereits geäußert und kann den Wegbruch der freien Straffälligenhilfe nicht auffangen.</p> <p>Zwar hat die Landesregierung die Durchführung einer kurzfristigen Anhörung verhindert, allerdings ist durch interne Gespräche deutlich geworden, dass das Bedürfnis von Opfern von Straftaten über die Opferberatungsstellen größer ist denn je. Man schafft hierzu letztlich nur einen Mehraufwand der Staatsanwaltschaften, der wiederum personell nicht hinterlegt wird.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 06 072 Landesförderung der Weiterbildung Titel 633 26 Zuweisungen zur Kofinanzierung für ESF geförderte Projekte für Einrichtungen der Weiterbildung in Trägerschaft der Gemeinden (Kofinanzierung)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 405.000 Euro auf 405.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>ESF-Maßnahmen der Weiterbildung werden derzeit zu 10 % vom Land gefördert. Damit werden 50 % der Gesamtkosten durch den ESF gefördert, 40 % tragen die Kommunen und 10 % das Land. Durch die Kürzungen bei der ESF-Kofinanzierung entfällt die Förderung des Landes, wodurch Kommunen mehr belastet werden – was in der Folge dazu führen wird, dass weniger Plätze zur Verfügung stehen oder die Angebote teurer werden. Die ESF-Maßnahmen der Weiterbildung sind in der Regel Vorbereitungskurse für diejenigen, die einen Schulabschluss nachholen möchten und dienen beispielsweise der Alphabetisierung. Um Chancengleichheit in NRW zu ermöglichen, ist die Kofinanzierung von ESF-Maßnahmen für die Weiterbildung wichtig.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 06 072 Landesförderung der Weiterbildung Titel 684 26 Zuschüsse zur Kofinanzierung für ESF geförderten Projekte für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft (Kofinanzierung)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 495.000 Euro auf 495.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>ESF-Maßnahmen der Weiterbildung werden derzeit zu 10 % vom Land gefördert. Damit werden 50 % der Gesamtkosten durch den ESF gefördert, 40 % tragen die Kommunen und 10 % das Land. Durch die Kürzungen bei der ESF-Kofinanzierung entfällt die Förderung des Landes, wodurch Kommunen mehr belastet werden – was in der Folge dazu führen wird, dass weniger Plätze zur Verfügung stehen oder die Angebote teurer werden. Die ESF-Maßnahmen der Weiterbildung sind in der Regel Vorbereitungskurse für diejenigen, die einen Schulabschluss nachholen möchten und dienen beispielsweise der Alphabetisierung. Um Chancengleichheit in NRW zu ermöglichen, ist die Kofinanzierung von ESF-Maßnahmen für die Weiterbildung wichtig.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfen, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ*)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.681.500 Euro um 1.304.400 Euro auf 2.985.900 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.1: Anhebung des Ansatzes 2025 von 42.500 Euro um 300.000 Euro auf 324.500 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung bestehender Strukturen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 69 Förderung der Familienberatung</p> <p>Titel 633 69 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.500.000 Euro um 4.403.300 Euro auf 6.903.300 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.1: Anhebung des Ansatzes 2025 von 42.500 Euro um 300.000 Euro auf 324.500 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung bestehender Strukturen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</p> <p>Titel 633 70 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 97.200 Euro auf 97.200 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70 Nr. 10: Anhebung von 2.400.000 Euro um 1.003.000 Euro auf 3.403.000 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 11 Angebote der Familienberatung für Flüchtlingsfamilien in Höhe von 972.300 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 12 Angebote der Schwangerschaftsberatung für Flüchtlinge in Höhe von 777.800 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Besonders Familien, die in schwierigen Lagen nach NRW kommen, brauchen Unterstützung, um sich integrieren zu können und willkommen zu fühlen. Bei vulnerablen Gruppen darf man nicht sparen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

--	--	--	--

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 681 00 Sonstige Leistungen an natürliche Personen für künstliche Befruchtung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 5.339.500 Euro auf 5.339.500 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Kinderwunsch ist für betroffene Familien ein großes Thema, ungewollte Kinderlosigkeit ist noch immer ein tabuisiertes Thema und für Betroffene nur schwer auszuhalten. Familien haben in NRW Unterstützung erhalten, diese darf man nicht gänzlich kappen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titel 684 10 Förderung von Kooperationen der Familienbildung und Familienberatung mit Familienzentren</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4.000.000 Euro um 1.898.700 Euro auf 5.898.700 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</p> <p>Titel 684 70 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 7.863.000 Euro um 7.642.900 Euro auf 15.505.900 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 75 Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter*, nicht-binäre und queere Menschen (LSBTIQ*)</p> <p>Titel 684 75 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.798.800 Euro um 417.000 Euro auf 3.215.800 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.2: Anhebung des Ansatzes 2025 von 2.798.800 Euro um 417.000 Euro auf 3.215.800 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Sicherung der Arbeit der freien Träger sowie Erhalt der Infrastruktur für besonders vulnerable Gruppen</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfen; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppe 70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</p> <p>Titel 893 70 Zuschüsse für Investitionen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 486.200 Euro auf 486.200 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70 Nr. 10: Anhebung von 2.400.000 Euro um 1.003.000 Euro auf 3.403.000 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 11 Angebote der Familienberatung für Flüchtlingsfamilien in Höhe von 972.300 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks zu Titelgruppe 70: Nr. 12 Angebote der Schwangerschaftsberatung für Flüchtlinge in Höhe von 777.800 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Streichungen bei besonders vulnerabeln Gruppen sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 547 20 Sächliche Verwaltungsausgaben für den Bereich KiBiz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 6.240.800 Euro um 1.926.900 Euro auf 8.167.700 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 633 19 Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Bereich Qualifizierung und Weiterentwicklung KiBiz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 93.197.700 Euro um 4.485.100 Euro auf 97.682.800 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 633 26 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kita-Helfer:innen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 136.336.900 Euro um 3.663.100 Euro auf 140.000.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Das System der frühkindlichen Bildung ist massiven Problemen, Kürzungen in jeder Hilfestellung für das System verschlechtern die Lage und sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 70 Maßnahmen zur Kinder- und Jugendarmutsprävention Titel 633 70 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Ge- meindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 13.304.700 Euro um 411.400 Euro auf 13.716.100 Euro</p> <p>Begründung: Sicherung der bestehenden Sturkturen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 80 Ausbildungsoffensive Kindertagesbetreuung Titel 633 80 Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.150.000 Euro um 7.554.500 Euro auf 10.704.500 Euro</p> <p>Begründung: Reduzierungen bei der Qualifikation sind nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 61 Kinder- und Jugendförderplan Titel 681 61 Ausgleich für Verdienstausfall infolge von Urlaubsgewährung nach dem Sonderurlaubsgesetz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.061.800 Euro um 1.938.200 Euro auf 5.000.000 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks zu Beilage 2 zum Einzelplan 7 - Kinder- und Jugendförderplan Position 1.14: Anhebung des Ansatzes von 3.061.800 Euro um 1.938.200 Euro auf 5.000.000 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Aufrechterhaltung der Maßnahmen durch ausreichende Gewährung von Sonderurlaub.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppe 80 Ausbildungs offensive Kindertagesbetreuung Titel 681 80 Zuschüsse an natürliche Personen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 0 Euro um 1.814.400 Euro auf 1.814.400 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Reduzierung der Förderung von Ausbildung und Personal in der Kita sind bei der aktuellen Lage in den Einrichtungen nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 684 31 Sonstige Zuschüsse im Bereich Maßnahmen für den Kinderschutz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4.555.000 Euro um 525.400 Euro auf 5.080.400 Euro</p> <p>Begründung: Im Bereich Kinderschutz sind Kürzungen nicht hinzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 040 Titelgruppe 61 Titel 684 61</p> <p>Kinder- und Jugendhilfe Kinder- und Jugendförderplan Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 1.7: Anhebung des Ansatzes 2025 von 1.120.790 Euro um 126.550 Euro auf 1.247.340 Euro.</p> <p>Begründung: Sicherung bestehender Strukturen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 060 Gleichstellung von Frauen und Männern Titelgruppe 82 Gleichstellung und Potenzialentwicklung in Beruf und Gesellschaft</p> <p>Titel 686 62 Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 6.629.900 Euro um 2.798.100 Euro auf 9.428.000 Euro</p> <p>Begründung: Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titelgruppe 67 Leistungen für die integrationspolitische Infrastruktur nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz</p> <p>Titel 633 67 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 95.446.200 Euro um 22.764.300 Euro auf 118.210.500 Euro</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks: Untertitel 6 "Förderprogramm "Zuwanderung aus Südosteuropa", Zuweisungen an Gemeinden, die überdurchschnittlich viel Zuwanderung aus Südosteuropa erfahren" in Höhe von 5.500.000 Euro. Untertitel 7 "Komm-AN Programmteil II - Bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort" in Höhe von 7.050.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>1) Wir beantragen einen neuen Untertitel 6 "Förderprogramm "Zuwanderung aus Südosteuropa" und den Erhalt der Zuwendungen. Kommunen mit einer hohen Zuwanderung aus Südosteuropa sind besonderen Herausforderungen ausgesetzt, für die sie die Mittel bisher eingesetzt haben. Dabei handelt es sich teilweise um niedrigschwellige, aufsuchende Arbeit, die nicht in das Kommunale Integrationsmanagement übertragbar sind. Ohne die Mittel werden Integrationsmaßnah-</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

		<p>men für die Gruppe deutlich erschwert und potenzielle Folgen für die Zugewanderten und die Kommunen in Kauf genommen. Um dies zu verhindern und die positiven Effekte weiter zu stärken, muss das Förderprogramm weitergeführt werden.</p> <p>2) Wir beantragen einen neuen Untertitel 7 "KOMM-AN NRW Programmteil II („Bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort“) und den Erhalt der Mittel für diesen Programmbaustein. Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler sind eine bedeutende Säule der Integrationsarbeit in NRW. Sie leisten eine wichtige Arbeit bei der Begleitung, Beratung, sozialen und bürokratischen Unterstützung und als Wegbegleiter für Geflüchtete. Ohne die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements in NRW würde die Integrationsarbeit in den Kommunen nur halb so gut gelingen. Maßnahmen zur Qualifizierung von ehrenamtlich tätigen Personen und der Begleitung ihrer Arbeit müssen weiterhin aufrecht erhalten werden.</p>	
--	--	--	--

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titelgruppe 67 Leistungen für die integrationspolitische Infrastruktur nach Teilhabe- und Integrationsgesetz</p> <p>Titel 686 67 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Anbringung eines neuen Haushaltsvermerks: Untertitel 4 "Interkulturelle Zentren und niedrigschwellige Integrationsvorhaben" in Höhe von 929.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel dienen dem Erhalt der Angebote aufgrund steigender Zahlen Neuzugewanderter sowie seit Jahrzehnten hier lebender Menschen, um u.a. auch strukturelle Herausforderungen begegnen zu können. Wir fordern außerdem den Untertitel 3 des Vorjahres wieder einzufügen, so dass die Mittel für die interkulturellen Zentren im Haushalt ersichtlich bleiben.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Eingewanderter</p> <p>Titelgruppe 68 Förderung der Integration Eingewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt</p> <p>Titel 686 68 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.831.000 Euro um 1.170.800 Euro auf 4.001.800 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07 Position 11: Aufrechterhaltung des Programms "Mehr als Queer" in Höhe von 120.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Wir fordern den Erhalt der Mittel. Die Mittel sind u.a. vorgesehen für Projektförderungen in folgenden Bereichen: soziale Eingliederung von Eingewanderten, Maßnahmen gegen Rassismus, Maßnahmen zum Thema Antidiskriminierung, Maßnahmen im Bereich der Islamismus-Prävention, zur Förderung der Mehrsprachigkeit, zur Qualifizierung sowie für die Förderung der sozialen Beratungsarbeit für Sinti und Roma in NRW.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 10 Betreuung Aufnahmeeinrichtungen des Landes</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 648.528.800 Euro um 2.286.800 Euro auf 650.815.600 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 684 41 Soziale Beratung von Geflüchteten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 18.900.000 Euro um 18.900.000 Euro auf 35.000.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Titel 684 41 Soziale Beratung von Flüchtlingen unterteilt sich in verschiedene Förderbereiche. Diese reichen von der Verfahrensberatung innerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes bis hin zu regionalen Beratungsstellen und psychosozialen Zentren außerhalb der Aufnahmeeinrichtungen des Landes. Der Erhalt der Mittel für diese Bereiche ist aufgrund des Beratungsbedarfs in den Förderbereichen unerlässlich. Geflüchtete benötigen eine umfängliche Verfahrensberatung und vor allem psychosoziale Beratung. Das Zusammenlegen unterschiedlicher Förderprogramme, hier mit der regionalen Beratung, ist nicht zielführend. Zusätzlich drängen wir auf die rechtzeitige Fertigstellung der Förderrichtlinien, um den Trägern Planungssicherheit zu gewährleisten und eine rechtzeitige Antragstellung zu ermöglichen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 685 40 Zuschüsse für Rückkehrprojekte einschließlich vorbereitender Maßnahmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 6.139.000 Euro um 2.211.900 Euro auf 8.350.900 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Vor dem Hintergrund des Sicherheitspaketes der Landesregierung und verstärkter Bemühungen Straftäter abzuschieben, darf dieser Titel nicht gekürzt werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 10 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</p> <p>Titelgruppe 69 Zuschüsse des Landes für Investitionen an Beteiligte gemäß § 17 des Eisenbahnkreuzungsgesetzes und für sonstige Maßnahmen an Kreuzungen</p> <p>Titel 891 69 Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 380.000 Euro um 600.000 Euro auf 980.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 10 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</p> <p>Titelgruppe 69 Zuschüsse des Landes für Investitionen an Beteiligte gemäß § 17 Eisenbahnkreuzungsgesetzes und für sonstige Maßnahmen an Kreuzungen</p> <p>Titel 892 69 Zuschüsse für Investitionen an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 122.000 Euro um 400.000 Euro auf 522.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 10 160 Angelegenheiten der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung</p> <p>Titelgruppe 65 Mobilitätskonzepte und verkehrsmittelübergreifende Mobilität</p> <p>Titel 883 65 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden oder Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 13.550.000 Euro um 500.000 Euro auf 14.050.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 010 Ministerium Titel 514 10 Ausgaben für Maßnahmen zur Epidemieabwehr</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 10.530.000 Euro um 6.800.000 Euro auf 17.330.000 Euro</p> <p>Begründung: Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 010 Ministerium Titel 547 16 Sächliche Verwaltungsausgaben Maßnahmen für das Gesundheitswesen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 849.100 Euro um 1.393.700 Euro auf 2.242.800 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Gesundheitswesen in NRW steht in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Kürzungen, die den Bereich strukturell schwächen, sind abzulehnen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 010 Ministerium Titel 547 17 Sächliche Verwaltungsausgaben Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4.152.500 Euro um 700.000 Euro auf 4.852.500 Euro</p> <p>Begründung: Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 029 Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive</p> <p>Titel 686 20 Zuschuss an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund - Landesbezirk Nordrhein-Westfalen - e.V., Dortmund (TBS)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.200.000 Euro um 556.000 Euro auf 1.756.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die TBS unterstützt gezielt in zentralen Fragen der betrieblichen Mitbestimmung, insbesondere bei der Einführung neuer Technologien, im Arbeitsschutz und bei wirtschaftlichen Umbrüchen. Gerade diese Themen werden zukünftig eine noch wichtigere Rolle spielen. Dabei muss der Schutz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterin hohe Priorität haben. Wenn zukünftig in NRW weiter gute Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, dann kann das nur mit guten Arbeitsbedingungen funktionieren. Die Kürzungen gefährden die Arbeit der TBS jedoch massiv. Vor diesem Hintergrund darf an dieser Stelle nicht am Arbeitnehmerschutz gespart werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 029 Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive</p> <p>Titelgruppe 75 Förderung der Berufseinstiegsbegleitung</p> <p>Titel 686 75 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 8.674.000 Euro um 7.626.000 Euro auf 16.300.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein wichtiges Förderinstrument zur Unterstützung junger Menschen in den Arbeitsmarkt. Angesichts der großen Anzahl von jungen Menschen im Übergangssystem kommt Maßnahmen wie der Berufseinstiegsbegleitung eine besondere Bedeutung zu. Wir dürfen die jungen Menschen mit Unterstützungsbedarf nicht allein lassen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 029 Arbeit, Berufsbildung, Berufsanerkennung und Fachkräfteoffensive</p> <p>Titelgruppe 80 Berufsorientierung – Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)</p> <p>Titel 686 80 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 5.592.000 Euro um 8.408.000 Euro auf 14.000.000 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks: Streichung "Es ist beabsichtigt, ein an die bisherigen Maßnahmen anschließendes Angebot im Rahmen des ESF Programms 2021 - 2027 aufzulegen."</p> <p>Begründung:</p> <p>Junge Menschen ohne Anschlussperspektive zu adressieren und ihnen den Übergang ins Erwerbsleben zu ermöglichen, ist Kernelement von KAoA. Das Programms ist ein etabliertes und gut angenommenes Programm. Die Streichung der Mittel und Verschiebung in den ESF gefährdet das Ziel junge Menschen ohne Anschlussperspektive zu qualifizieren.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</p> <p>Titelgruppe 95 Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und für sozialen Zusammenhalt</p> <p>Titel 633 95 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 800.000 Euro um 360.600 Euro auf 1.160.600 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Landesregierung hat angekündigt, nicht bei den Ärmsten der Armen zu sparen. Dem stehen die Kürzungen für Maßnahmen der Armutsbekämpfung und für den sozialen Zusammenhalt entgegen. Damit Armut gar nicht erst entsteht, müssen wirksame Maßnahmen getroffen werden. Das hat in der Vergangenheit bereits nicht ausgereicht. Wenn jetzt zusätzliche Maßnahmen gekürzt werden, werden noch mehr Menschen von Armut betroffen sein. Dies wird am Ende für alle teurer werden, als jetzt bei den Maßnahmen zu sparen. Die Kürzungen müssen deshalb zurückgenommen werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</p> <p>Titel 684 11 Zuschüsse des Landes an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengesetzten Organisationen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 4.500.000 Euro um 1.600.000 Euro auf 6.100.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Freie Wohlfahrtspflege ist elementarer Bestandteil für den sozialen Zusammenhalt in NRW. Sie leisten wertvolle Arbeit in Bereichen wie der Familienberatung, Berufseinstiegsbegleitung oder bei Projekten für Menschen mit Behinderung. Die geplanten Kürzungen des Landeshaushalt 2025 werden zum dauerhaften Wegfall dieser Strukturen führen. Damit würden viele Menschen allein gelassen werden. Diese Entwicklung darf nicht Ziel des Landes NRW werden. Die Kürzungen sind deshalb dringend zurückzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</p> <p>Titelgruppe 90 Maßnahmen gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit, Landesinitiative "Endlich ein ZUHAUSE!"</p> <p>Titel 686 90 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 5.600.000 Euro um 60.000 Euro auf 5.660.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Angesichts der Planungen die Landesinitiative auf 53 Gebietskörperschaften auszuweiten und der Aussage der Landesregierung nicht bei den Schwächsten der Gesellschaft kürzen zu wollen, ist die Kürzung der Mittel kontraproduktiv und zurückzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 042 Sozialpolitische Maßnahmen, Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit</p> <p>Titelgruppe 95 Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und für den sozialen Zusammenhalt</p> <p>Titel 686 95 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.890.300 Euro um 629.700 Euro auf 3.520.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Landesregierung hat angekündigt, nicht bei den Ärmsten der Armen zu sparen. Dem stehen die Kürzungen für Maßnahmen der Armutsbekämpfung und für den sozialen Zusammenhalt entgegen. Damit Armut gar nicht erst entsteht, müssen wirksame Maßnahmen getroffen werden. Das hat in der Vergangenheit bereits nicht ausgereicht. Wenn jetzt zusätzliche Maßnahmen gekürzt werden, werden noch mehr Menschen von Armut betroffen sein. Dies wird am Ende für alle teurer werden, als jetzt bei den Maßnahmen zu sparen. Die Kürzungen müssen deshalb zurückgenommen werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 050 Inklusion Titel 686 10 Maßnahmen nach dem Inklusionsstärkungsgesetz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 850.000 Euro um 650.000 Euro auf 1.500.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Agentur Barrierefrei ist eine zentrale Beratungsstelle rund um das Thema Barrierefreiheit und stellt unter anderem Informationen zu konkreten Umsetzungsbeispielen, Arbeitshilfen sowie rechtlichen Hintergründen zusammen. Die Kürzung trifft die Agentur Barrierefrei drastisch und gefährdet die Inklusion in NRW. Die Kürzung ist deshalb zurückzunehmen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 050 Inklusion Titelgruppe 80 Gesellschaftliche Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Inklusionsoffensive und Landesinitiative Gewaltschutz</p> <p>Titel 686 80 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.464.000 Euro um 467.000 Euro auf 3.931.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Nach der UN-Behindertenrechtskonvention müssen die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen gefördert, geschützt und gewährleistet werden. Alle Menschen müssen die gleichen Rechte und das Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. In NRW ist es noch ein weiter Weg bis zur uneingeschränkten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Gerade deshalb darf nicht bei den Maßnahmen zur gesellschaftlichen Inklusion für Menschen mit Behinderung gespart werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 050 Inklusion Titelgruppe 86 Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen</p> <p>Titel 893 86 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.500.000 Euro um 2.151.000 Euro auf 3.651.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Arbeits- und Fachkräftemangel breitet sich in NRW weiter aus. Unternehmen finden keine Beschäftigten mehr und können bestimmte Leistungen aufgrund des Mangels an Personal nicht mehr anbieten. Viele Menschen mit Behinderung können den Arbeitsmarkt qualitativ hochwertig unterstützen. Gerade deshalb muss die berufliche Inklusion von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt intensiviert und nicht geschwächt werden. Kürzungen sind deshalb abzulehnen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 64 Maßnahmen zur Eindämmung von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen</p> <p>Titel 684 64 Zuschüsse an freie Träger</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 400.000 Euro um 11.300 Euro auf 411.300 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Rücknahme von Kürzungen durch die Ergänzungsvorlage.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 71 Maßnahmen zur Eindämmung von Suchterkrankungen und ihren Folgen</p> <p>Titel 684 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 3.830.200 Euro um 1.613.700 Euro auf 5.443.900 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>In NRW benötigen Menschen mit Suchterkrankungen Unterstützung, wenn sie sich nicht mehr selbst helfen können. Nicht selten leiden die Familien der betroffenen unter der Erkrankung eines Familienmitglieds mit. Die Folgen sind demnach vielfältig und wirken sich nicht nur auf das Individuum, sondern auf mehr Menschen negativ aus. In NRW leisten viele Projekte, Vereine oder Organisationen einen wertvollen Beitrag, um Menschen aus der Sucht zu helfen, gar nicht erst süchtig zu werden oder gesundheitliche Folgen abzuschwächen. Diese Arbeit darf nicht durch die Landesregierung zusammengestrichen werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 83 Psychiatrische Versorgung Titel 684 83 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.500.000 Euro um 1.500.000 Euro auf 3.000.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel für die Psychiatrische Versorgung beinhalten die Überarbeitung des Landespsychiatrieplans und die Schaffung von Verbunds-Strukturen. Bereits jetzt liegt die Landesregierung hinter ihren gesetzten Zielen zurück. So müssen bspw. viele Menschen mehrere Monate Wartezeit in Kauf nehmen, um einen Therapieplatz zu bekommen. Das ist nur eines von vielen Problemen. Wenn jetzt zusätzlich gekürzt wird, wird eine positive Entwicklung bei der psychiatrischen Versorgung der Menschen in NRW definitiv ausbleiben.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 64 Maßnahmen zur Eindämmung von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionen</p> <p>Titel 686 64 Zielgruppenspezifische HIV-Prävention, Beratung, Be- treuung und Pflege</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.452.200 Euro um 379.800 Euro auf 1.832.000 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks der Beilage 3 zu EP 07 3.1: Erhöhung des Ansatzes von 352.300 Euro um 189.700 Euro auf 542.000 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Aidshilfen in NRW und viele weitere Projekte wie YOUTHWORK NRW leiten in NRW einen unverzichtbaren Einsatz u.a. zur HIV-Prävention, Jungenarbeit und Beratung. Durch die massiven Kürzungen in diesem Bereich steht der Bestand der Aidshilfen, Beratungsstellen und Projekte auf dem Spiel. Viele werden ihren Betrieb bei den geplanten Kürzungen der Landesregierung nicht fortführen können.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 090 Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe</p> <p>Titelgruppe 92 Zinsen und Tilgung von Darlehen für Baumaßnahmen von Pflegeeinrichtungen</p> <p>Titel 173 92 Tilgung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 19.500.000 Euro um 1.000.000 Euro auf 20.500.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>In NRW benötigt es auskömmliche Investitionen für Baumaßnahmen in Pflegeeinrichtungen. Egal ob Pflegeheim, Krankenhaus oder Pflegeschule. Alle Einrichtungen müssen auf den neuesten Stand gebracht werden. Kürzungen stehen dem im Weg.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 090 Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe</p> <p>Titelgruppe 90 Landesförderung Alter und Pflege</p> <p>Titel 686 90 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 9.670.000 Euro um 3.303.500 Euro auf 12.973.500 Euro</p> <p>Änderung des Haushaltsvermerks in Beilage 3 zu EP 07, 3.2: Anhebung des Ansatzes 2025 von 0 Euro um 120.000 Euro auf 120.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>In den kommenden Jahren werden immer mehr Menschen pflegebedürftig werden. Schon jetzt ist die pflegerische Versorgung in NRW am Limit. Das Pflegepersonal ist an der Belastungsgrenze und viel zu oft müssen pflegende Angehörige ihre Familienmitglieder pflegen und werden durch die hohe Belastung selbst krank. Dass nun bei der Landesförderung Alter und Pflege gespart werden soll und zukünftig weniger in Unterstützung für die Menschen und Beratungsangebote investiert wird, kann zu einer weiteren enormen Belastung der Menschen in NRW führen. Dieses Ziel kann so nicht weiter von der Landesregierung verfolgt</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

		werden.	
--	--	---------	--

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 11 090 Pflege und Alter, Förderung der Gesundheitsfach- und Pflegeberufe</p> <p>Titelgruppe 93 Förderungen von Investitionen an Pflegeschulen</p> <p>Titel 893 93 Zuweisungen für Investitionen an Sonstige im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.200.000 Euro um 4.800.000 Euro auf 7.000.000 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Pflegeschulen spielen bei der pflegerischen Ausbildung der zukünftigen Pflegefachkräfte eine zentrale Rolle. Um die Pflegeausbildung attraktiv zu gestalten, müssen die Pflegeschulen auf den neuesten Stand gebracht werden. Nur so können sie ein attraktives Lernumfeld schaffen. Bereits in den vergangenen Jahren haben sich Träger darüber beschwert, dass die Investitionen zu niedrig sind. Deshalb darf an dieser Stelle nicht weiter gekürzt werden.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 14 010 Ministerium Titel 547 17 Sächliche Verwaltungsausgaben Klimaschutz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 9.524.800 Euro um 4.000.000 Euro auf 13.524.800 Euro</p> <p>Begründung: Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 14 300 Klimaschutz und Energiewende Titelgruppe 64 Kommunalen und gesellschaftlichen Klimaschutz Titel 683 64 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 5.750.000 Euro um 4.000.000 Euro auf 9.750.000 Euro</p> <p>Begründung: Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 15 010 Ministerium Titelgruppe 65 Oberste Jagd- und Fischereibehörde Titel 537 65 Ausgaben für Untersuchungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.423.500 Euro um 21.000 Euro auf 2.444.500 Euro</p> <p>Begründung: Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	CDU SPD GRÜNE FDP AfD

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 15 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft und Landschaftspflege Titelgruppe 67 Einzelbetriebliche Maßnahmen Titel 683 67 Zuschüsse an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 1.471.800 Euro um 100.000 Euro auf 1.571.800 Euro</p> <p>Begründung: Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 15 030 Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft und Landschaftspflege Titelgruppe 78 Wiederaufforstung der Wälder gem. "Schmallenberger Erklärung"</p> <p>Titel 683 78 Zuschüsse an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 5.748.400 Euro um 500.000 Euro auf 6.248.400 Euro</p> <p>Begründung: Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 15 040 Verbraucherschutz Titelgruppe 72 Nutztierhaltungsstrategie Titel 893 72 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.168.300 Euro um 2.422.400 Euro auf 4.590.700 Euro</p> <p>Begründung: Rücknahme der Kürzungen durch Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen.</p>	CDU SPD GRÜNE FDP AfD

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 119 20 Einnahmen aus der Rückübertragung nicht mehr benötigter Selbstbewirtschaftungsmittel</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>von 2.586.183.600 Euro um 159.110.800 Euro auf 2.745.294.400 Euro</p> <p>Begründung: Gegenfinanzierung</p>	<p>CDU SPD GRÜNE FDP AfD</p>